Posener Zeitung.

№ 161. Freitag den 14. Juli. 1848.

Inland.

Berlin, den 12. Juli. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: den Staatsminister Dr. Bornemann zum zweiten Präsidenten des Geheimen Ober-Tribunals zu ernennen; die Funktionen des erledigten Chef-Präsidiums bei dem Ober-Landesgericht zu Münster dem dortigen Ober-Landesgerichts-Vice-Präsidenten v. Olfers einstweilen zu übertragen; den Staatsanwalt bei dem Kammergericht zu Berlin, Temme, zum Direktor des genannten Ober-Landesgerichts, und den Staatsanwalt bei dem Kammergericht, v. Kirchmann, zum Vice-Präsidenten des Ober-Landesgerichts zu Ratibor zu ernennen.

— Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am Königl. Hannoverschen, Großherzogl. Oldenburgischen, Herzogl. Braunschweigischen und Fürstl. Schaumburg-Lippischen Hofe, Freiherr v. Schleinitz, ist nach Hannover abgereist. Der General-Major à la Suite Sr. Majestät des Königs, v. Below, ist von Wien angekommen und nach Frankfurt a. M. wieder abgereist.

Posen, den 13. Juli.

I.

Deutschlands Verhältniß zum Ausland tritt in den Vordergrund, seitdem die National-Versammlung dem Reichsverweser die Ernennung eines Oberfeldherrn, die Absendung von Gesandten und Consuln, und theilweise die Bestimmung über Krieg und Frieden übertragen hat.

An einen bedeutenden Deutschen Angriffskrieg scheint keine größere Macht zu denken, keine fürchtet ihn wenigstens ernstlich, denn höchstens durchläuft wie die neuesten Mittheilungen melden, die kleinen Städte längs der Russischen Grenze der, man weiß nicht Schreck- oder Spottruf: die Deutschen kommen. Aber schon für die bloße Defensive bietet Deutschland durch seine eigenthümliche Lage gegen die übrigen Europäischen Länder große Nachtheile. Rußland z. B. schützt im Norden das fast weglose, im Süden das ganz von ihm beherrschte Meer, im Osten menschenleere Strecken, und nur der Westen öffnet zugänglichere Bahnen zu dem Koloß; Frankreich hat Meeres- und Gebirgsschutz von mehr als drei Seiten, die pyrenäische Halbinsel eine für den Angriff fast insulare, England eine ganz insulare Lage; aber dieses natürlichen, in den meisten Ländern durch vielfältige strategische Nachhülfe unterstützten Rückhalts entbehrt das von mehr oder minder mächtigen Staaten allseits umgebene Deutschland, dessen weite Grenzen ganz besonders im Osten und Westen starken Feinden bloßgelegt sind. Aber auch an den beiden sicher geglaubten Seiten haben wir gerade in diesem Jahre unserer glorreichen nationalen Erhebung die unangenehmsten Erfahrungen gegen zwei an Zahl ungemein schwächere Feinde gemacht, denn im Süden bedrängt der „tapfere Degen" Italiens, Carlo Alberto, die Küste, und macht Einfälle ins Trientinische, um womöglich „Italien bis zum Brenner" zu etabliren, und in Schleswig führen wir ja jenen unseligen Dänenkrieg, einen Krieg, der unsere vermeintliche Achillesferse aufgedeckt hat, wenn wir überhaupt noch Achilles sind, und der Gegner, wie eine Norddeutsche Zeitung richtig bemerkt, Hektor und nicht Thersites ist. Rechnet man dazu die namentlich einer Russischen Landung ganz preisgegebene, schon durch die Dänische Blokade empfindlich getroffene Ostseeküste, und die nur wenig besser geschützten Gestade der Nordsee, so hat man ein Bild unserer Lage nach Außen, das sicherlich der freundlichen Seiten nicht gar zu viele bietet.

Eine gehörige Entwickelung der nationalen Wehrkraft und eine auf sie sich stützende Kriegs- und Friedenspolitik ist durch diese Umstände gebieterisch gefordert, denn vor Allem muß Deutschland eine in sich gekräftigte, feste Haltung annehmen, wenn es auswärtige Anerkennung und Geltung irgend fordern und als gleichberechtigtes Glied in den Kreis der Großstaaten-Familie eintreten will.

Wie mangelhaft organisirt unsere Deutsche Heereskraft ist, haben wir wieder einmal im jüngsten Dänenkriege erfahren. Ganz abgesehen davon, daß die anfänglich vornehme Mißachtung des Feindes um so größere, spätere Opfer erfordert hat, traten all die Nachtheile einer zusammenhangslosen, ungeordneten Contingentirung, die Saumseligkeit oder muthwillige Verzögerung der Truppensendung, es trat die mangelnde Präcision in den Anordnungen des Bundestags und das unangenehme Verhältniß des Ober-Generals zu den einzelnen Führern, dazu noch Kleinlichkeit, Eifersüchtelei und Mißgunst in ein sehr scharfes Licht. Und bei alldem ist die Bundes-Militair-Organisation unbedingt das rühmlichste Kapitel in der Thätigkeit der Bundesversammlung, denn nach keiner Richtung hin hat sie neben den ihr stets unvermeidlichen Rücksichten auf die einzelnen Staatengebiete den nationalen Gesichtspunkt so festgehalten, wie gerade hier.

Sehr viel wird durch die Gesetzes-Bestimmung gewonnen, daß die Militairgewalt fortan in die Hände der Central-Regierung übergeht; diese hat das alleinige Recht der Ernennung des Oberbefehlshabers und gleichzeitig Gelegenheit zur raschsten Einwirkung auf alle Bundesgebiete, die in Heeresangelegenheiten vollständig den Befehlen des Reichsverwesers untergeordnet sind. Die Centralisation wird ein straffes Anziehen der Zügel möglich machen, häufige, mehr thatsächliche als formelle Besichtigung der neu zu formirenden Contingente und Rundreisen des Oberbefehlshabers, ein wohlorganisirter, unabhängiger Bundesstaab, eine Reichs-Heeresgesetzgebung und Heeresreglement werden eine immer größere Einheit ausbilden, und ein Strafgesetz, das Bestimmungen bis zum Verlust der staatlichen Selbstständigkeit enthält, wird gegen pflichtvergessene, saumselige Bundesglieder Rechtsmittel zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten gewähren.

Ungleich schwieriger bleibt die diplomatische Vertretung Deutschlands nach außen, denn hier ist Alles neu zu schaffen, ja es gilt, unsern Namen zu Ehren zu bringen, der bis jetzt durch eine wahrhaft unglaubliche Verwahrlosung und rücksichtslose Unbeachtung der deutschen Interessen im Auslande nicht selten zum Spott und zur Schande für Deutsche geworden ist. Hier fällt der schwerste Stein auf den nun abtretenden Bundestag, der in seinem dreiunddreißigjährigen Bestehen nicht einen Versuch zur Gründung einer deutschen Diplomatie gemacht, Deutschland nach außen förmlich preisgegeben oder den Interessen Oesterreichs und anderer Mächte geopfert hat. Die Vertretung bei „fremden Höfen" war lediglich Sache der Territorialmächte, die ungehindert ihre eigenen Angelegenheiten verfolgten; öfters hatte sich dabei ein Gegensatz der preußischen zu der österreichischen Politik gebildet, und ungeirrt wurde dann in der Fremde ein diplomatischer Strauß ausgekämpft, zu dem Oesterreich durch das Präsidium den Bundestag wider sein Wissen ins Schlepptau nahm. Von einer deutschen Vertretung war auch nicht ein Anzeichen, neben Oesterreich und Preußen schickte Baiern ebenfalls Gesandte, ein lächerlicher Stolz brachte auch die kleineren Staaten zum Halten kostspieliger, rein nutzloser Missionen, die gewöhnlich auf den bloßen Briefaustausch der fürstlichen Verwandten beschränkt waren, der Brauch erstreckte sich bis auf die Vertretung „mehrerer deutschen Höfe", eine Vertretung, die ein Spottbild diplomatischer Sendung abgebend, mitunter durch die Gewichtigkeit der mit den Legationen betrauten Kammerherren in eine wahre Carrikatur ausartete, und auf die Anmeldung der Geburt einer hochfürstlichen Prinzessin, auf einen Visitenkartenaustausch, und höchstens zu dem Paßvisa eines meiningschen, reußischen, köthenschen „Unterthanen" sich verstieg. Giebt diese „hohe Diplomatie" bei den deutschen Großstaaten das unerquickliche Bild der Verfolgung rein egoistischer Interessen, die, höchstens durch den Schutz, den Oesterreich in der Türkei deutschen Katholiken, Preußen in Italien deutschen Protestanten angedeihen ließ, eine gelinde Spur allgemeinerer, freilich confessioneller Rücksichtsnahme zeigt, gemahnt sie bei den kleineren Staaten nur an possirliche Gespreiztheit und lachenerregende Nachäfferei ohne allen praktischen Nutzen, so ist der Schade, den Deutschland durch die ungleich wichtigere, ganz vernachlässigte Consular-Verwaltung genommen hat, um Vieles bedeutender, denn hierin liegt der eigentliche Grund des Verfalls deutscher Industrie und des gestörten auswärtigen Handels. Selbst den deutschen Großmächten fehlten mit umsichtigen Männern besetzte General-Consulate, die für die commerciellen und industriellen Beziehungen von größerem Vortheil als Gesandtschaften sind, vollständig, ebenso jede geregelte Consular-Verwaltung, und die allbekannten Mißbräuche, die sich hier eingeschlichen hatten, waren so groß, daß der Schutz deutscher Interessen in die Hände von Ausländern gelegt war, und noch heute dänische und englische Agenten deutsche Handelsvertreter in allen Welttheilen sind.

In der zu schaffenden deutschen Vertretung bietet sich mithin dem Reichsverweser das bedeutendste Feld für seine Thätigkeit, denn die Wohlfahrt der Nation ist schon hierdurch fast einzig in seine Hände gelegt.

---

* Posen, 12. Juli. Die Breslauer Ztg. in ihrer Nummer vom 9ten Juli enthält eine Correspondenz, * Posen den 6. Juli, in der erzählt wird, daß eine hiesige Fraktion „die „Absicht zur Katzenmusik" vor dem Hause des kommandirenden Generals gehabt habe", „die Hoffnung der Musiker, daß die Polen daran theilnehmen würden, habe aber fehlgeschlagen, diese hätten sich vielmehr in der Gegend des Gen.-Commandos in bedeutender Zahl eingefunden, um die Katzen mit blauen Rücken nach Hause zu schicken." Sodann heißt es: „Das deutsche Comité hat an den General v. Brünneck eine Deputation geschickt, um ihn über die Gründe der Stefanskischen und Lipinskischen Freilassung zu fragen. Er antwortete ihnen kurz, daß weder er noch andere Reg.-Behörden wegen ihrer Handlungen Rechenschaft zu geben hätten, und als man auf die hiesigen Verhältnisse näher eingehen wollte, fragte er ausweichend das eine Mitglied, den Konsist.-Rath Kießling, wieviel Schüler er habe, und ein anderes Mitglied, einen Oekonomen, wie die Saaten ständen, ob die Ernte gut ausfallen würde, bis die Herren sich entfernten."

„Außerdem hat Herr v. Brünneck an den Herrn von Steinäcker den Befehl zur Auflösung der deutschen Bürgerwehr und des Freikorps ertheilt."

„Das Comité und der konstitutionelle Klub berathen jetzt den von der National-Versammlung verworfenen Verfassungs-Entwurf."

Nicht um eine elende Correspondenz in allen ihren Theilen Lügen zu strafen, drucken wir dieselbe hier ab, sondern um unsern Mitbürgern zu zeigen, mit welchen Berichten aus Posen mitunter fremde Zeitungen ihre Leser unterhalten, und um der Breslauer Ztg. zu rathen, sich nach einer andern Quelle für ihre Mittheilungen umzusehen, da ihre Posener Correspondenz nicht im Stande ist, den Lesern Vertrauen einzuflößen.

** Posen, 13. Juli. Die Arbeiten an der Stargardt-Posener Bahn sind so vorgerückt, daß morgen die Eröffnung der Strecke von Samter bis Wronke stattfindet. Dem Vernehmen nach wird die ganze Bahn Mitte August vollendet sein, und am 24. dess. Mts. von Posen bis Stargardt der Benutzung des Publikums übergeben werden. Schon jetzt tritt die Erleichterung der Verbindung mit Stettin und Berlin sehr fühlbar hervor, und im Interesse dersel-

ben bleibt nur eine schleunige Postenverbindung zwischen Posen und Samter zum Anschluß an die Eisenbahnfahrten zu wünschen, ein Wunsch, der hoffentlich von der Postbehörde berücksichtigt werden wird.

†† Posen, den 12. Juli. Folgendes Schreiben ist uns zur Veröffentlichung mitgetheilt worden: „Malmedy (R.-B. Aachen), den 30. Juni 1848.

Hochgeehrte Herren! Einige Soldaten vom 34. Regiment, wovon eine Compagnie hier in Garnison steht, hatten bei einem vor einigen Tagen ausgebrochenen Feuer so kräftige Hülfe geleistet, daß die Aachener Assecuranz-Compagnie in Anerkenntniß dessen ihnen 10 Thlr. überschickte. Obgleich allesammt selbst nicht reich, haben die braven Leute doch geglaubt, das Geld nicht theilen zu dürfen, sondern einen bessern Gebrauch wollen sie davon machen. Sie haben mich gebeten, diese 10 Thlr. dem verehrlichen Unterstützungskomité für nothleidende Deutsche in Posen zu übersenden, und machen für die Verwendung des Geldes nur die Bedingung, es möge das verehrliche Comité dasselbe Einer Familie von einem gebliebenen Deutschen Landwehrmanne, der bei dem Aufstande geblieben, zuwenden. Mit der größten Hochachtung u. s. w.

Ihr ganz ergebenster
„An einen verehrl. Unterstützungs-Ausschuß F. Höhndorf, ev. Pfarrer.“
des Deutschen Centralkomités in Posen.“

Berlin, den 9. Juli. Der freiwillige Tod des Direktors der Königl. Porzellanmanufaktur ist ein Ereigniß, das, wie so manche andere Tragödie aus dem Privatleben, in dieser Zeit der politischen Tragödieen in den Hintergrund zu treten bestimmt wäre. Aber mitten in den gewaltigen Agitationen erweckt es ganz ernste Betrachtungen. Wenn das Gerücht wahr ist, ging es in diesem Etablissement nicht so zu, wie es zugehen sollte. Man spricht von Druck der Arbeiter, von vorgefallenen Unordnungen, Verschleuderungen; jetzt spricht man es laut aus, früher flüsterte man es sich zu, als es noch nicht erlaubt war, Zweifel gegen die gute Verwaltung einer Behörde zu hegen. Der Unglückliche ließ einen Zettel zurück, worin er sagt, er weiche den Verfolgungen, die ihn von allen Seiten träfen. An den Gerüchten mag Uebertriebenes sein, der Unglückliche hat aber Recht, wenn er sagt, er weiche vor einer Verfolgung, welcher er nicht länger widerstehen könne. Abgesehen von seiner Schuld oder Unschuld, so trifft diese Verfolgung seine Stellung und das Institut selbst, dem er vorstand. Ob die Verwaltung der Porzellanmanufaktur schlecht war, ihre Unterbeamten, Künstler und Arbeiter drückte, ob sie dem Staate weniger einbrachte als sie hätte einbringen können, ist eine Sache für sich, aber die wichtigere Frage ist, ob der Staat bestimmt ist, noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts Porzellan zu fabriciren und damit zu handeln? Zur genial absolutistischen Zeit Friedrich's des Großen stand die Sache anders, als der König berufen schien, Gewerbsleiß und Industrie für sein darin noch träges Volk selbst zu besorgen, und als es für ein finanzielles Kunststück galt, durch solche Operationen dem Lande neue, wenn auch Zwangshülfsquellen zu eröffnen. Denn eine solche war die Porzellanmanufaktur unter Friedrich II., als die Verfügung galt und man sie ganz natürlich fand, daß jeder Jude, wenn er heirathete, für 300 Thlr. Porzellan aus der Königl. Manufaktur kaufen mußte. Wie begünstigte damals der Staat die Ehen unter den Juden, denen andere Staaten so viele Hindernisse in den Weg legten! Beiläufig sollen die Juden aber immer das schlechteste Porzellan für ihr Geld erhalten haben. Die Juden brauchen schon seit lange ihr Porzellan nicht mehr vom Könige zu kaufen, außerdem blühen in Berlin treffliche Privatfabriken, und das Königl. Institut macht doch noch gute Geschäfte. Das ist aber kein Grund dafür, daß der Staat noch ferner unter seinen mündig gewordenen Bürgern als Gewerbetreibender agire. Dies war schon längst die allgemeine Ansicht, als er noch absolut war, jetzt, wo er konstitutionell ist, versteht es sich von selbst. (D. A. Z.)

— Man hört mit der größten Bestimmtheit behaupten, daß der Deutsche Reichsverweser sofort über die auswärtigen Beziehungen Deutschlands durchgreifende Maßnahmen treffen, daß er eine imponirende Haltung, namentlich gegen Rußland in Deutschlands Namen annehmen und daß er eine definitive Feststellung über Schleswig und Holstein in das Leben rufen wird. Man spricht außerdem von einem Deutschen Kongreß, worauf sämmtliche Deutsche Souveraine feierliche Erklärungen über ihre momentane Unterordnung unter das Deutsche Reich abgeben sollen, um auf diese Weise das gerechte Mißtrauen gegen ihre Renitenz zurückzuweisen. (Bresl. Z.)

Berlin, den 11. Juli. (Spen. Ztg.) Der Polizei-Präsident a. D. Dr. v. Minutoli hat sich bei seiner Abreise der Stadt empfohlen. Der Magistrat will dies Schreiben erwiedern, und den Herrn v. M. um Bewahrung seines Wohlwollens bitten. Die Stadtverordneten haben den Beitritt zu diesem Schreiben entschieden zurückgewiesen.

— Der stenographische Bericht über die Sitzung vom 7. d. M. enthält den Gesetz-Entwurf wegen der Errichtung der Bürgerwehr. Wir haben dabei vor Allem hervorzuheben, daß der Begriff der Bürger nicht in seiner bisherigen veralteten Einseitigkeit aufgefaßt wird, indem jeder Preuße vom 24. bis 50. Jahre zum Dienste verpflichtet, jedoch auch schon vom 20. und nach dem 50. auch noch zuläßig, also eine allgemeine Volksbewaffnung gegeben ist. Daß indessen auch noch ein Aufenthalt in der Gemeinde von mindestens einem Jahre erfordert wird, erscheint zu lange, da auf diese Weise sehr viele Gesellen ausgeschlossen werden, und überdies das Wahlrecht schon mit sechsmonatlichem Aufenthalt beginnt. Der König hat das Recht, die Bürgerwehr einzelner Gemeinden auf höchstens sechs Monat aufzulösen, und der „Verwaltungs-Chef des Regierungs-Bezirks“, sie auf vier Wochen des Dienstes zu entheben. Letztere Bestimmung muß jedenfalls beseitigt werden, wenn ein solcher Chef nicht der National-Versammlung verantwortlich gemacht wird. Ebenso muß die Bestimmung der sechsjährigen Amtsdauer für die gewählten Führer fallen. Der Oberst wird von dem Könige aus einer Liste von drei Candidaten ernannt, welche von den Anführern der betreffenden Bataillone, bis abwärts zu den Zugführern, diese mit eingeschlossen, gewählt werden. Entbunden vom Dienste werden auf Zeit alle Diejenigen, welche durch ihren Beruf eine dringende Verhinderung nachweisen, und für immer: Minister, Geistliche, Polizei-, Post-, Steuer-, Gränz- und Forstbeamte, Exekutiv-Beamte und active Militärs. Die Lehrer, und namentlich die Aerzte, müßten aber auch in diese Kategorie kommen, da Aerzten in keiner Weise die Gelegenheit gegeben werden darf, ihren Beruf zu versäumen. Man denke nur an kleinere Gemeinden und zur Zeit einer Epidemie. Auffallen mußte uns ferner, daß die Bürgerwehr nicht auch Artillerie, als nothwendigen Bestandtheil einer jeden bewaffneten Macht erhält, daß ferner eine große Unklarheit über die Requisition des Militärs bei Aufläufen herrscht. Die Ministerial-Bestimmung für Berlin, wonach dies nur auf Verlangen der Communal-Behörden und des Bürgerwehr-Obersten geschehen darf, müßte, nach belgischem Vorgange, Landesgesetz werden, denn nur für diesen Fall wäre die „Reserve“-Bestimmung der Bürgerwehr gerechtfertigt. Gern erwähnen wir übrigens, daß der Entwurf, auch die Kreis- und Bezirks-Vertretungen, auf deren Errichtungen wir vor Allem immer hingewiesen haben, in Aussicht stellt. Mögen sie nur nicht zu lange auf sich warten lassen! Auf das Einzelne des Entwurfs, der sich im Ganzen den Französischen und Belgischen Bestimmungen anschließt, werden wir nächstens zurückkommen, und ihn, wo möglich morgen folgen lassen.

Soest, den 3. Juli. Zu der freiwilligen Staatsanleihe sind einschließlich der von dem Lande angemeldeten 2635 Thlr. im Ganzen 20,690 Thlr. in hiesiger Stadt bis heute unterzeichnet, resp. eingezahlt. Im Interesse der Sache halten wir es für wünschenswerth, wenn von allen Orten von Zeit zu Zeit dergleichen Mittheilungen erfolgen.

† Frankfurt, den 9. Juli. Man erwartet jetzt täglich den Reichsverweser. Seine Anwesenheit hier wird vor Allem dazu beitragen, der Majorität in der National-Versammlung einen festeren Anhalt und höhere Leitung zu geben, die man noch manchmal vermißt, denn häufig treten die Extreme in der Versammlung auf ungebührliche Weise in den Vordergrund, bloß weil dem Centrum der wahre, energische politische Halt fehlt. Das erste Geschäft des Erzherzogs wird die Wahl eines Ministeriums sein, die freilich zu den verschiedensten Conjekturen Veranlassung giebt. Aus allen Fraktionen des Hauses nennt man Candidaten ohne jede bestimmte Aussicht. So viel soll feststehen, daß v. Gagern, unbedingt zum Reichskanzler der befähigtste, sich der Annahme dieser Stelle widersetzen und bei dem Präsidium der National-Versammluug verbleiben wird; in beiden Stellungen ist er von gleichem Nutzen. Statt seiner spricht man in einzelnen Kreisen mit einiger Wahrscheinlichkeit von Camphausen, dessen Edelsinn, Aufrichtigkeit und Freiheitsliebe hier alle Anerkennung findet. Ueberhaupt neigt man sich der Ansicht zu, daß einzelne Ministerien mit Personen außerhalb der Nationalversammlung besetzt werden sollen, und nennt für die auswärtigen Angelegenheiten v. Arnim und Stockmar, den bekannten Freund König Leopold's. Jedenfalls wird der Erzherzog auf die einzelnen Deutschen Staaten Rücksichten zu nehmen und jede Kränkung dadurch zu vermeiden haben, daß er die Stellen womöglich aus den verschiedensten Gebieten besetzt. Für das Ministerium des Kriegs nennt man vorzugsweise Preußische Namen (Stockhausen, Griesheim), für die Justiz Oesterreichische, die wichtige Stelle des Handelsministeriums soll mit einem Hanseaten und die des Innern mit einem Süddeutschen besetzt werden. So wenigstens gruppiren sich die Meinungen, ohne daß feste Grundlagen zu den Aussichten vorhanden sind. — Die National-Versammlung hatte am Freitag in ihrer außerordentlichen Tagesordnung, eine interessante Debatte über die Wehrhaftigkeit, in der Radowitz sich durch eine sehr bemerkenswerthe Rede auszeichnete. Die Tüchtigkeit dieses Mannes steht über allem Zweifel, die eigentliche Abstimmung ist auf acht Tage verschoben; sämmtliche Zwischenzeit wird durch die übergründliche Berathung der Volksrechte in Anspruch genommen. — Gestern war ein bedauerlicher Pöbelexceß in der Vorstadt Sachsenhausen, der ohne weitere Folge blieb.

— Sonderbare Dinge geschehen! Herr Wagner von Steyr erzählt der Nationalversammlung (am 4. Juli,) sein Freund Schilling sei nach Wien gereist, um wo möglich den Erzherzog Johann über die im Gesetze ausgesprochene Unverantwortlichkeit zu einer Erklärung zu bestimmen, welche alle Parteien zufrieden stellen könne Das läßt sich allenfalls noch hören; — aber zwei Tage später verbreitet man die Nachricht, Erzherzog Johann habe die Reichsverweserschaft angenommen mit der Erklärung, daß er auf jene Unverantwortlichkeit verzichte, und nicht blos Leute aus dem Volke, denen man keine Kenntniß dieser Sachen zumuthen kann, nein! auch Andere sprechen das nach! Nun liegt es aber auf sicherer Hand, daß ein solcher Verzicht gar nicht zuläßig wäre. Die fragliche Unverantwortlichkeit ist ja nicht etwas Willkürliches, sie liegt im Wesen der constitutionell-monarchischen Regierungsform, sie beruht auf Vernunftgebot, welches zur Sicherung der Volksfreiheit und guter Regierung verlangt, daß die Regierungsgewalt nur mittelst verantwortlicher Minister geübt, vom Oberhaupt also schlechterdings nur nach dem Rathe dieser Minister gehandelt werde. Derjenige, welcher nur nach dem Rathe Anderer handeln darf, muß vernunftgemäß von jeder Verantwortlichkeit für diese Handlungen frei sein. Machte man den Reichsverweser verantwortlich, so müßten die Minister thun, was Er will, und dann wäre Verantwortlichkeit der Minister der Nation gegenüber ein Unding, es wäre die Existenz eines constitutionellen Ministeriums geradezu undenkbar. Aus allem dem folgt unabweislich, daß es durchaus nicht in der Willkür des Reichsverwesers liegt, die fragliche Unverantwortlichkeit in Anspruch zu nehmen oder darauf zu verzichten. Jene, für welche vorstehende kurze Erörterung übrigflüssig war, mögen sie uns verzeihen und dessen gedenken, daß auch die klarste Wahrheit manchmal Mühe hat den Irrthum zu besiegen. (Frankf. OPAZtg.)

— Ich kann Ihnen aus sicherer Quelle mittheilen, daß der Ausschuß der Nationalversammlung, welcher die eingelaufenen Anträge auf Amnestie zu begutachten hat, sich am 5. mit großer Mehrheit dafür entschied, diese Anträge abzuweisen. Daß die Nationalversammlung in ganz gleichem Sinne beschließen wird, unterliegt keinem Zweifel; und in der That, wohin käme es auch mit dem Ernste der Gesetze und der darauf allein beruhenden Ordnung der menschlichen Gesellschaft, wenn das Verbrechen des Hoch- und Landesverraths, wenn Erregung von Bürgerkrieg, der Ruin von Tausenden von Familien mit wenigen Wochen Arrest oder Exil gesühnt wären! (Deutsche Z.)

Leipzig, den 10. Juli. (D. A. Z.) Seit diesem Morgen um 11 Uhr wurde der Reichsverweser Erzherzog Johann auf seiner Durchreise nach Frankfurt a. M. hier erwartet, doch verzögerte sich dessen Ankunft bis gegen 3 Uhr, wo er in Begleitung unseres Königs unter großem Jubel der unzähligen Menschenmenge, Läuten der Glocken und Böllerschüssen von Dresden eintraf; nach Empfang einiger Deputationen und eingenommenem Diner setzte er gegen 5 Uhr seine Reise auf der Eisenbahn über Halle fort. In der Stadt sah man zahlreiche Deutsche und Sächsische Flaggen wehen, auch waren einzelne Gebäude festlich geschmückt; vor allen zeichneten sich die Bahnhofsgebäude, das Rathhaus und die Deutsche Buchhändlerbörse aus.

Hannover, den 9. Juli. (Hann. Ztg.) Nach Verlesung der Erklä-

rung des Gesammt-Ministeriums an die Stände-Versammlung in Betreff des Reichsverwesers*) erhob sich der Minister Stüve und gab dazu folgende Erläuterung:

„Se. Majestät habe, wie immer, so auch unter den gegenwärtigen Umständen, mit großem Ernst und fester Ueberzeugung gehandelt und, wie die Zeit der jetzigen Stände-Versammlung auch zeige, sei entschlossen gewesen, große Opfer zu bringen, habe aber bei der gegenwärtigen Angelegenheit erklärt, wenn die Anforderungen ihre Gränzen überstiegen, das Land verlassen zu wollen.“ Lang erklärte, daß es Pflicht der Stände sei, das Land gegen Folgerungen, welche sich leicht aus dem Schreiben gegen die Freiheit Deutschlands ergeben möchten, zu verwahren. Lindemann dankte für die Mittheilung und wünschte dieselbe einer Diskussion nicht unterzogen. Lehzen erklärte, daß die Regierung völlig außer Stande gewesen sei, diese Mittheilung früher zu machen, und war der Ansicht, daß, wenn man unbefangen die Gegenstände des Schreibens neben einander stelle, man um so mehr völlig beruhigt sein könne, als die Regierung zu Befürchtungen, die Stellung gegen Deutschland betreffend, ganz gewiß keinen Anlaß gegeben habe. Bodungen dankte der Regierung und forderte mit Unterstützung von Hantelmann auf, den Reichsverweser, Erzherzog Johann, hochleben zu lassen, welches geschah, worauf Stüve anheimgab, die Gefühle, daß man den König im Lande zu behalten wünsche, dadurch zu bekunden, daß man denselben ebenfalls hoch leben lasse, welches auf eine lebhafte Weise geschah. Hierauf brachte Bodungen das Hoch des Gesammt-Ministeriums mit vollem Beifall aus.

In der Adels-Kammer gab der Kammerrath von der Decken nach Verlesung des Schreibens über das Verhältniß der Hannoverschen Regierung zur Reichs-Versammlung eine lange Erklärung zu Protokoll des wesentlichen Inhalts, daß er als Landstand die Beschlüsse der National-Versammlung nur anerkenne, wenn die Deutschen Regierungen denselben zustimmen. Ein Mitglied versicherte, es sei schon mit dem Schreiben der Regierung vollständig zufrieden. Herr von Exterde verwahrte sich ausdrücklich gegen die Erklärung des Herrn von der Decken, alle anderen Mitglieder aber erhoben sich, um sich der Erklärung Decken's anzuschließen.

Wien, den 9. Juli. (Wien. Ztg.) Ueber die Kaiserliche Familie sind aus Innsbruck vom 5. d. M. nachstehende Mittheilungen eingegangen:

„In dem erfreulichen Gesundheitszustande Ihrer Majestäten und des Erzherzogs Franz Karl hat sich keine Aenderung ergeben.

Gestern Abend trafen Ihre Kaiserliche Hoheit die Erzherzogin Sophie mit ihren Söhnen, den Erzherzogen Franz, Joseph und Ludwig, in erwünschtem Wohlsein von ihrem Ausfluge nach Tegernsee zurück hier ein.

Gegen 10 Uhr Abends wohnten Ihre Majestäten in Gesellschaft des Erzherzogs Franz Karl auf dem Balkone der Residenz der Festlichkeit bei, welche zur Feier der Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser von Deutschland veranstaltet worden war. Ein festlicher Zug von mehr als 400 Fackelträgern, begleitet von Nationalgarden und einem Musik- und Sänger-Corps, entfaltete sich vor der Kaiserlichen Burg, die Liedertafel stimmte unter dem Lebehochrufe der zahlreich versammelten Volksmenge die Volkshymne an, und sang dann das Deutsche Lied von Arndt, und zuletzt defilirte der Zug nochmals vor Ihren Majestäten unter fortwährenden Lebehochs und unter dem Donner von 101 Kanonenschüssen vorbei.“

Der interimistische Minister des Innern, Freiherr von Pillersdorff, welcher zugleich provisorisch die Präsidentenstelle im Minister-Rathe versah, hat heute diese Dienststellen in die Hände Sr. Kaiserl. Hoheit des Erzherzogs Johann, als Stebvertreters Sr. Majestät, niedergelegt, welcher sofort durch ein Handschreiben den Minister enthoben und den Freiherrn von Doblhoff mit der Leitung des Ministeriums des Innern und der Bildung eines neuen Ministeriums beau'tragt hat.

Carlovitz in Syrmien, den 22. Juni. Alle Wege, die aus Syrmien nach Peterwardein führen, sind abgeschnitten, die Brücken zerstört, in Wäldern Barrikaden errichtet. — Hier ist auch ein Kriegsrath organisirt, der die nöthigen Befehle an die Commandanten ertheilt, welchen alle Kriegsräthe verantwortlich gemacht worden sind. In Carlovitz stehen, wenn nicht mehr, so gewiß 20,000 Menschen, alle unter den Waffen Geld und Munition ist in Ueberfluß. Die Serbischen Freiwilligen erhalten 2 Zwanziger und sie empfangen ihre Löhnung jeden siebenten Tag mit einem Dukaten in Gold. Die Stadt Semlin schickte hierher ihre 8 Kanonen, aus der Grenzstadt Mitrovitz erhalten wir morgen alle, welche dort vorhanden sind, und die ganze Munition. Gestern sind 5 — 600 Türkische Zigeuner gekommen, welche mit uns gemeinlich gegen die Magyaren kämpfen wollen. Graf Nugent ist eben den Tag, als bei Carlovitz der Kampf war, hierher angelangt und hat einen 14tägigen Waffenstillstand mit dem Magyarischen kommandirenden General Hrabowsky geschlossen, welcher heute auf weitere 10 Tage prolongirt worden ist. Der Cordon zwischen der Save und der Donau ist aufgehoben, die Communikation sehr groß. Die Grenzer ziehen schaarenweise nach Carlovitz, sie achten gar nicht der Befehle einiger von ihren Commandanten.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 8. Juli. Die gestrige Sitzung der National-Versammlung eröffnete Herr Portalis um 2 Uhr. Pagnerre erhielt zuerst das Wort über die Tagesordnung. Er kömmt auf die Boujeanschen Angriffe in der letzten Sitzung gegen den kleinen Volksschullehrer-Katechismus „Republikanisches Handbuch“ zurück, welche den Sturz des Unterrichts-Ministers Carnot herbeigeführt, und verwahrt sich gegen die darin enthaltenen kommunistischen Ideen. Er sei zwar Verleger desselben, habe aber Regierungsgeschäfte halber nicht Zeit gehabt, das Manuskript durchzulesen. Seine Buchhändler-Kommis hätten dasselbe geprüft und zum Druck befördert. Mit der Hand auf dem Herzen berief er sich auf seine ganze Vergangenheit, um der Versammlung zu beweisen, daß er kein Sozialist oder Kommunist sei. Hierauf erstattete General Oudinot im Namen des Kriegs-Ausschusses seinen Bericht über den Remillyschen Antrag, nach welchem die Effektivbestände der unter den Mauern von Paris versammelten Truppen auf mindestens 50,000 Mann gebracht und auf allen Punkten des Gebiets die etwa nöthigen allgemeinen Vertheidigungs-Maßregeln getroffen werden sollen. General Cavaignac: „Bezüglich des der Versammlung gemachten Vorschlags, die zu Paris beständig versammelte Streitmacht an regulairen Truppen auf mindestens 50,000 Mann zu bringen, muß ich ihr eröffnen, daß die vollziehende Gewalt den Vorschlag nicht abgewartet hat, um die soziale Nothwendigkeit, deren Ergebniß dieser Vorschlag ist, zu befriedigen, und daß bereits 50,000 Mann Truppen in und bei Paris versammelt sind. Was die Küstenbewaffnung angeht, so werden wir nächstens einen Gesetz-Entwurf vorlegen, welcher diese Bewaffnung zu einer beständigen machen und hinsichtlich der allgemeinen Sicherheit des Gebietes alle Anforderungen befriedigen soll.“ Trousseau will zwar nicht gegen die übermäßige Dauer des Belagerungszustandes von Paris protestiren, aber er möchte doch gern die Absichten kennen, die der Conseils-Präsident rücksichtlich der sequestrirten Journale hege. Ob die vollziehende Gewalt noch länger einen Zustand der Dinge aufrecht zu erhalten beabsichtige, der die Industrie einer großen Anzahl von Bürgern tödte? Cavaignac: „Der Zustand von Paris erlaubt noch nicht, den Belagerungszustand aufzuheben. Ich bedaure, diese schreckliche Waffe noch länger anwenden zu müssen.“ In diesem Augenblicke erfährt man im Saale, daß in voriger Nacht ein neues Treffen zwischen einem Insurgenten-Korps und den Linien-Truppen in den Steinbrüchen von Montmartre stattgefunden habe, wobei die Arbeiter fünf Todte und mehrere Verwundete verloren. General Cavaignac fährt fort: „Was die gegen gewisse Journale ergriffenen Maßregeln betrifft, so trage ich kein Bedenken, die von mir verlangten Erläuterungen zu geben. Ich erkläre demnach, insoweit es mich angeht: Ich fühle mich bei meinen guten Absichten so stark und durch die öffentliche Meinung so kräftig unterstützt, daß ich kein Bedenken trage, zu erklären, daß, meiner Ansicht nach, der Belagerungszustand noch lange beibehalten werden muß. (Beifall.) Für die guten Bürger kann dessen Fortbestehen, in der Art, wie er angewendet wird, nicht beunruhigend sein. Ich füge hinzu, daß, meiner Ansicht nach, kein unauflöslicher Zusammenhang zwischen der Unterdrückung einer Anzahl von Journalen und dem Belagerungszustande besteht. Sobald die Regierung in Folge von Maßregeln, hinsichtlich deren ich Ihnen noch keine unverzügliche Vorschläge zu machen habe, sich hinlänglich gegen die Presse bewaffnet fühlen wird, wird sie kein Bedenken tragen, den unterdrückten Blättern die Freiheit, zu erscheinen, vollständig wiederzugeben. Babaud-Laribière brachte die Kaution der Journale zur Sprache. Der heutige „Moniteur“ enthalte einen Artikel, der die Journal-Eigenthümer auffordere, dem Gesetze von 1831 nachzukommen, welches sie zur vorgängigen Kautionsstellung verpflichtete. Der Artikel des „Moniteur“ räume ein, deß das Gesetz von 1831 durch das Gesetz von 1835 aufgehoben worden sei. Nun habe aber die provisorische Regierung durch ihr März-Dekret dies Gesetz von 1835 aufgehoben, und es beständen daher gegenwärtig keine gesetzlichen Beschränkungen des Rechts der Preßfreiheit. Er bitte daher den Justiz-Minister oder den Chef der vollziehenden Gewalt, sich darüber zu erklären, weshalb man jetzt ein förmlich aufgehobenes Gesetz wieder in Kraft setzen wolle. General Cavaignac erklärte, daß er und mit ihm der Minister, in Erwägung der dringenden Anforderung der Lage, und besonders wegen der Ausnahmstellung der Departementalpresse, welche jetzt Lehren und Anklagen vorbringen könne, deren Wiederholung die Pariser Presse nicht wagen würde, es für gut und nützlich erachtet hätten, die früher in Kraft gewesene Gesetzgebung wiederherzustellen. Gerade in diesem Augenblicke ein besonderes Gesetz über die Kautionsleistung der Journale zu geben, halte er nicht für thunlich. Er habe sich die Ungelegenheiten einer Herstellung der Journal-Kautionen nicht verhehlt, da er im voraus über eine Frage zu richten scheine, über die er gar keine Meinung habe; die Regierung dürfe aber nicht entwaffnet bleiben, und ihm habe bedünkt, daß nach Abschaffung der September-Gesetze durch die provisorische Regierung die durch sie ersetzten früheren Gesetze de facto wieder in Kraft getreten seien. Er wiederhole, daß die Regierung nicht im voraus über die Frage abzuurtheilen sich anmaße, und daß sie, indem sie die Vorschriften bezüglich der Kautionen wieder in Kraft setze, blos einer der Nothwendigkeiten der gegenwärtigen Lage gehorche, in Abwartung des Augenblickes, wo die Versammlung ein besonderes Gesetz über den Gegenstand werde votiren können. Die Versammlung schien durch diese Erläuterungen befriedigt und schritt zur Fortsetzung der Berathung des Gesetz-Entwurfes bezüglich der Elementarlehrer, welcher 150,000 Fr. für dieselbe bewilligt, und der nach einigen Erörterungen angenommen wurde. Der Präsident zeigte an, daß die Architekten den ganzen morgenden Tag nöthig hätten, um die zur Verbesserung der Akustik des Saales unternommenen Arbeiten zu vollenden; es könne daher morgen keine öffentliche Sitzung sein. Hierauf begann die Berathung des für dringlich erklärten Gesetz-Entwurfes bezüglich der Sparkassen. Im Gegensatze zu dem Entwurfe der provisorischen Renierung und des Finanz-Ausschusses schlägt der jetzige Finanz-Minister Goudchaux vor, die Sparkassen-Antheile sowohl, als die Schatzbons in 3pCt. Rente zum Kourse von 52 und in 5pCt. zu 75 a 80 umzuwandeln, während der Finanz-Ausschuß und die provisorische Regierung nur die Konversion in fünfprozentige Rente vorschlug, um Reiche und Arme gleichzustellen. Garnier Pagès vertheidigte mit Lebhaftigkeit den ursprünglichen Vorschlag. Delongrais erklärte, daß eine Konversion in 3prozentige Rente dem Börsenspiele Thür und Thor öffne. Auch Berryer drang auf Umwandlung in 5pCt. Rente und trat somit auf die Seite der provisorischen

*) Siehe den leitenden Artikel uns. gestr. Zeitung.

Regierung und des Finanz-Ausschusses, dessen Konklusionen er früher bekämpft hatte. Allein Goudchaux und J. Lasteyrie setzten aus einander, daß das Interesse des Reichen auch das Interesse des Armen sei, und die Versammlung entschied die Umwandlung der Schatzbons in 3pCt. Rente zum Kourse von 55. Beide Gesetz-Entwürfe wurden angenommen und die Sitzung gegen 7 Uhr aufgehoben.

— Nicht allein Hr. Thiers und der Graf Montalembert, sondern auch die Herren Victor Hugo, Isambert, Etienne, Odilon Barrot, Cormenin, genug die freisinnigsten und einsichtigsten Staatsmänner Frankreichs, vertheidigen das Zweikammersystem. Man darf mit Zuverlässigkeit behaupten, daß diese Ansicht auch die des Landes ist. Ob sie jedoch in der Nationalversammlung vorwalten wird, ist noch zweifelhaft. Man kann nicht läugnen, daß eine Versammlung früher oder später immer nur tyrannisch oder servil sein würde.

— Die Anzahl der Verhafteten ist bereits auf 12,000 gestiegen; leider wird bei diesen Verhaftungen etwas leichtsinnig verfahren und manche achtbare Personen mußten in Folge böswilliger Denunciationen ihrer Feinde mehrere Tage im Gefängnisse zubringen. Einige Hundert Verhaftete wurden gestern in Freiheit gesetzt.

— Der Bruder Leotade, wegen der Ermordung der 14jährigen Cäcilie Combettes zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt, ist im Bagno von Toulon angekommen.

Italien.

Die neuesten Nachrichten aus Verona vom 6. Juli lassen auf neue bevorstehende wichtige Operationen schließen. Der Marschall Radetzky hat über Vicenza neun Infanterie-Regimenter an sich gezogen. Die Straße von Vicenza bis Verona war mit Truppen bedeckt und von Udine und Codroipo rücken Tag und Nacht frische Truppen nach. In Uebereinstimmung mit diesen Bewegungen und den fernern Operationen hat sich Feldmarschallieutenant Welden nach den neuesten Briefen aus Treviso vom 8. d. M. von dort in Bewegung gesetzt und ist mit seinem Hauptquartier nach Monselice aufgebrochen. Es heißt, ein Theil seines Armee-Corps solle gegen Modena operiren.

Rußland.

Die Schl. Ztg. meldet folgendes: Einem Berichte aus St. Petersburg (aus den ersten Tagen d. Mts.) entnehmen wir folgende Mittheilungen, die einerseits zur Berichtigung der zahlreich umlaufenden Gerüchte über Unruhen in der Hauptstadt des Russischen Reichs, andererseits zur Charakterisirung der dortigen Verhältnisse und der persönlichen Stellung des Kaisers seinem Volke gegenüber, einen nicht uninteressanten Beitrag liefern: „Auch bei uns in St. Petersburg hat's einige Tage lang unruhig ausgesehen, obgleich die Unruhen durchaus ohne allen politischen Charakter blieben. In Folge des Umstandes, daß von den in den ersten Tagen nach dem Auftreten der Cholera in die Krankenhäuser Beförderten bei Weitem die Meisten starben, und zwar meist sehr schnell starben, hatte sich unter dem gemeinen Volke der Wahn verbreitet, das Grünzeug auf dem Markte und die Brunnen seien vergiftet und die Kranken würden in die Hospitäler gebracht, nur damit sie desto schneller sterben sollten. Der Pöbel sammelte sich auf den Straßen in bedrohlichen Massen und sprach allgemein von einem auf den 2. Juli (neuen Styls) verabredeten Sturm auf die Cholerahospitäler. Sogleich wurden die zum großen Theil ins Sommerlager ausgerückten Garden, etwa 40,000 Mann, zurückberufen, in allen Straßen Wachtpikets ausgestellt und Kanonen aufgefahren und so das Volk von seinem thörichten Verdacht geheilt. Der Kaiser benimmt sich trefflich. Täglich besucht er die Stadt und die Krankenhäuser, wo es am gefährlichsten aussieht. Neulich wurde ein unschuldiger Cigarrenmacher auf dem Markte vom Volke aufgegriffen, weil er Grünzeug vergiftet haben sollte. Der Pöbel wollte ihn zerreißen. Es gelang, ihn in das Winter-Palais zu retten, indessen soll er am nächsten Tage in Folge der erlittenen Mißhandlungen gestorben sein. Den Tag darauf ließ der Kaiser drei der Rädelsführer dieses Attentates auf demselben Markte in seiner und des Volkes Gegenwart auspeitschen. Sie wurden überdem lebenslänglich unter die Soldaten gesteckt und der Kaiser drohte in einer an das Volk gerichteten Anrede Denen, die etwas Aehnliches wieder versuchen wollten, mit härteren Strafen.

— Privatnachrichten zufolge hat der Kaiser von Rußland dem General von Pfuel ein Dampfschiff nach Kronstadt entgegengeschickt und sich bei der Audienz gegen denselben in Gegenwart des Preußischen Gesandten auf das friedlichste ausgesprochen. (D. A. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, den 21. Juni. (A. Z.) Als dem früheren Kriegs-Minister Said Pascha, einige Tage nachdem er durch seine Intriguen Reschid Pascha gestürzt hatte, gleichfalls seine Amts-Entsetzung angekündigt und das Nischan abverlangt wurde, widersetzte er sich und wollte den Orden nicht hergeben. Der Sultan befahl, als ihm dies hinterbracht wurde, das Haus mit Soldaten zu umstellen und, wenn Said Pascha noch ferner die Herausgabe des Nischan verweigern sollte, ihn ohne Weiteres gefangen zu nehmen oder niederzustoßen. So geschah es, und Said Pascha händigte das Nischan aus. Es sollte ihm darauf der Prozeß gemacht werden. Said Pascha bat jedoch um die Erlaubniß, nach Mekka pilgern zu dürfen, und der Sultan verzieh und genehmigte dies. Es scheint aber, daß Said Pascha später neuerdings noch Schwereres sich zu Schulden kommen ließ. Man erzählt sich, daß er eine Verschwörung habe anzetteln wollen, um den Sultan vom Thron zu stoßen. Wie dem auch sei, vergangenen Donnerstag Nachts fuhr unvermuthet ein Dampfboot vor den Palast dieses Schwagers des Sultans, man ergriff Said Pascha und schleppte ihn unter dem lauten Geschrei seines Harems aufs Schiff und das Dampfboot fuhr unverzüglich weiter, die hiesigen Blätter sagen nach Sinope, wohin der Pascha verbannt sei; andere vermuthen jedoch, daß unterweges eine Hinrichtung stattgefunden habe.

— Der bekannte Renegat Omer Pascha wurde gestern vom Sultan zum Gouverneur von Smirna ernannt.

Aegypten.

Alexandrien, den 19. Juni. Vorgestern wurde eine ärztliche Berathung gehalten, ob Mehemed Ali seine Geisteskräfte wieder erhalten und zu sich kommen könnte. Die Antwort der Aerzte fiel verneinend aus, worauf Ibrahim Pascha den Befehl erließ, außer den zum Dienst des Vice-Königs erforderlichen Personen Niemand bei ihm zuzulassen. Man will damit verhindern, daß die irren Reden des geistesschwachen Greises ferner Stoff zu Stadtgesprächen, zum Gespött geben sollten.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Thermometer- und Barometerstand so wie Windrichtung zu Posen, vom 2. bis 8. Juli 1848.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometer-Stand.	Wind.
2. Juli	+ 9,8°	+ 16,7°	27 Z. 7,8 L.	SW. halbh.
3 =	+ 10,2°	+ 17,8°	28 = 1,1 =	NNW. heit.
4. =	+ 11,3°	+ 19,5°	28 = 0,8 =	NW. heiter.
5. =	+ 10,5°	+ 18,6°	28 = 2,2 =	WNW. heit
6. =	+ 10,1°	+ 19,3°	28 = 2,3 =	WNW. heit
7. =	+ 11,4°	+ 20,7°	28 = 2,6 =	NW. heiter
8. =	+ 14,5°	+ 24,1°	28 = 1,7 =	W. heiter